

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 24

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Guayana, Export- und Importziel der venezolanischen Revolutionäre

Werden die venezolanischen Kommunisten, welche die Lage in ihrem eigenen Land anscheinend als nicht genügend revolutionsreif einschätzen, durch einen Umsturz im benachbarten kleinen Guayana ein Regime ihrer Bewegung einführen, um von dieser Basis aus auf Venezuela zurückzuwirken?

In einem Interview für die Zeitung «ASI», Caracas, hat der Arbeiterabgeordnete José Vargas, Mitglied der «Accion Democratica» (der linksstehenden grössten Partei des Landes), kürzlich erklärt, die venezolanischen Kommunisten seien im Begriff, in der benachbarten Region zu Guayana bewaffnete Verbände aufzustellen. In Zusammenarbeit mit ihnen würden von ihren Gesinnungsgenossen jenseits der Grenze parallele Vorkehrungen getroffen. Näheres ergibt sich aus einigen Fragen und Antworten des betreffenden Interviews:

Frage: «Wie kommt es, dass man sie (die venezolanischen Kommunisten) nicht beachtet, wenn sie Waffen in Richtung auf die Grenze Guyanas transportieren?»

Antwort: «Sie können sich ganz einfach völlig unbehindert bewegen. Vergessen wir nicht, dass es ihnen frei steht, vom Status der Legalität, der ihnen zugewilligt worden ist, Gebrauch zu machen.»

F: «Was sind Deiner Ansicht nach die Gründe, welche die Kommunisten bewegen haben, sich gerade im Grenzgebiet aufzurüsten?»

A: «Man muss daran denken, dass sie mit ihrer Bewegung in den venezolanischen Bergen gescheitert sind, weil sie für ihren Kampf überhaupt keine Unterstützung bei der Bevölkerung fanden. Die soziale Situation war dazu nicht geeignet. Völlig anders wären dagegen die Bedingungen, wenn sie in

Zusammenarbeit mit ihren dortigen Kampfgefährten eine Revolution in Guayana anzufachen vermöchten. Das kleine Land versinkt geradezu im Elend. Die soziale Basis wäre also dort gegeben, und das würde die Bewegung dort dann auch für uns wirklich gefährlich machen.»

F: «Warum?»

A: «Einmal müsste das für die Guerilleros im Innern Venezuelas eine gewaltige Ermutigung bedeuten, und dann müsste sich ein Guayana in kommunistischen Händen wie ein Geschütz auswirken, das genau auf die Mitte der venezolanischen Zielscheibe gerichtet wäre.»

F: «Und was soll man da tun?»

A: «Ich glaube, nicht nur die Regierung, sondern das ganze Land muss bereit sein, innert nützlicher Frist auf einen bewaffneten Angriff von der Grenze zu Guayana her zu reagieren, wenn man nicht einer Ueberraschung zum Opfer fallen will.»

F: «Und wann könnte in Guayana jene Revolution ausbrechen, welche die dortigen Kommunisten in Zusammenarbeit mit ihren hiesigen Genossen vorbereiten?»

A: «Sobald die dortige Bevölkerung durch ein genügend starkes Motiv, ob gerechtfertigt oder nicht, in Bewegung gerät.»

Man dürfe, so schloss Vargas seine Erklärungen, die Grenze zwischen Venezuela und Guyana Tag und Nacht nicht aus den Augen verlieren.

## Verschwörung gegen Castro

Gegenwärtig finden in Kuba Verhöre hinter verschlossenen Türen von 150 Personen statt, die einen Aufstand gegen Fidel Castro versucht haben. Der sowjetische Beauftragte für Sicherheit in Kuba hatte die Regierung rechtzeitig gewarnt.

Nach einer Dokumentation der «Organisation der amerikanischen Staaten», die von der Menschenrechtskommission dieser Organisation erstellt worden ist, befinden sich augenblicklich über 30 000 politische Gefangene in den Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern Kubas. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Angehörige der früheren Oberschicht und unpolitische Bauern und Arbeiter.

Bereits seit einem halben Jahr macht sich jedoch ein immer stärkerer Widerstand innerhalb der kommunistischen Hierarchie, der staatlichen Industrie, der Diplomatie und sogar der bisher auf Castro persönlich eingeschworenen Armee bemerkbar. Bereits im Juli 1969 äusserte der Sicherheitschef der UdSSR auf Kuba, Rudolf Schljapnikow, im kubanisch-sowjetischen Offiziersklub in Havanna: «In Kuba bestehen augenblicklich die Bedingungen für ein neues Ungarn... Die internen Meinungsverschiedenheiten sind gross.» Die Aeusserung wurde durch einen früheren kommu-

nistischen Flüchtling in den USA bekannt.

Einer der Hauptgründe für die Umsturzpläne früherer Gefolgsleute Castros bestand in der Sorge, dass es zu einer spontanen Revolution seitens der Arbeiter und Bauern kommen könnte. Bestärkt wurden sie in dieser Einschätzung der Volksstimmung durch den Unwillen, den der Gesetzentwurf über die «Arbeitsakte» und die «Arbeitskontrollkarte» überall hervorgerufen hatte, seitdem der Text des Gesetzes am 28. August 1969 veröffentlicht worden war. Die Arbeitsakte, die durch die Staatsgewerkschaft zu führen und auf Anforderung den Polizeibehörden auszuhändigen ist, enthält «die chronologische Liste aller Ereignisse in dem aktiven Leben des Betreffenden sowie diejenigen Angaben, die zu seiner Identifizierung und Feststellung seines Wohnortes notwendig sind». Die Kontrollkarte enthält hauptsächlich Daten über die Arbeitsaufnahme, die Arbeitsbeendigung und die Wechsel des Arbeitsplatzes des Inhabers.

Durch die Verhaftung sowie die bevorstehenden Prozesse, von denen lediglich die Urteile durch die Staatsgewerkschaft bekanntgegeben werden, hat sich im Augenblick der Widerstand der Arbeiterschaft «beruhigt». Nach Mitteilung weiterer Flüchtlinge unterliegt es jedoch keinem Zweifel, dass nunmehr der Widerstand der aktiven Teile der Bevölkerung sich in der gleichen Weise entwickeln und ebenfalls zur Bildung bewaffneter Revolutionsgruppen führen wird, wie dies seinerzeit durch Fidel Castro selbst gehandhabt worden ist.

## Handel BRD—UdSSR

Auch im Aussenhandel der UdSSR mit dem Westen soll die BRD unter den nichtkommunistischen Partnern Moskaus an die führende Stelle rücken. 1969 ist bereits eine Steigerung des deutsch-sowjetischen Warenaustausches um 30 Prozent erreicht worden. Die Erhöhung der beiderseitigen Umsätze geht weiter. Die BRD hat darin Grossbritannien, das bisher eine führende Stellung hatte, überholt.

Das Handelsabkommen im bestehenden deutsch-sowjetischen Handelsvertrag soll nunmehr auf wiederholten Vorschlag Moskaus zur Paraphierung gelangen. Botschafter Zarapkin bestä-

tigte, grundsätzlich bleibe die Meistbegünstigung *Conditio sine qua non*. Die UdSSR dürfe nicht schlechter als die EWG-Partner gestellt werden. Im Rahmen dieses Abkommens werde die deutsche Beteiligung an der Erschliessung der Rohstoffvorkommen Sibiriens und an der intensivierten Industrialisierung vor allem Ost-Sibiriens, der maritimen Provinzen sowie der Kamtschatka-Halbinsel möglich sein.

## Operationsgebiet Burma

Zum erstenmal hat die reguläre chinesische Armee ausgedehnte Operationen in Nordost-Burma zur Unterstützung der aufständischen Weisse-Fahne-Kommunisten (prochinesisch) unternommen. Die Kampfhandlungen der rotchinesischen Truppen dehnen sich auf Laos, auf das Gebiet nicht weit vom Mekong und die Territorien an der Grenze Thailands aus.

Chinesische Ingenieure und Arbeiter haben mit dem Bau einer strategisch wichtigen grossen Verbindungsstrasse von Laos nach Thailand begonnen. Eine weitere Ueberlandstrasse von der südchinesischen Provinz Yunnan nach Nordvietnam befindet sich im Bau. Diese Strasse findet in Nordvietnam Anschluss an die Fernstrasse nach Laos bis dicht vor Thailand.



**RITEX**



**THOMMY**

Diesen Mantel kann man fast überall tragen. Im strengsten Winter. Auf Reisen. Bei Repräsentationsanlässen. In der Stadt. THOMMY ist im aktuell modischen «Country-Style» geschnitten. Also schlank, zweireihig und mit breitem Revers. Die Platten sind schräg. THOMMY ist aus eleganter, warmer, reiner Schurwolle. Und es gibt ihn in Cooperbraun, Grigio tempesta (Grau) oder Verde artico (Grün).

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

## Der Buchtip

**David Herzig: «Fetua. Der arabisch-israelische Konflikt, Ursachen und Auswirkungen». Verlag Günter Olzog, München 1969, 220 Seiten.**

Das Buch zeigt die geschichtliche Entwicklung seit dem Wiederaufbau Palästinas zu Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Lage Israels, wie sie sich nach dem Sechstagekrieg entwickelt hat. Es enthält eine Fülle geschichtlicher Angaben und Auszüge aus wichtigen Dokumenten, so aus dem Tagebuch König Husseins von Jordanien, einen historischen Brief des Grossmufti von Jerusalem an Hitler über den gemeinsamen Kampf gegen das Jüdengebiet und gegen die westlichen Kolonialmächte usw. In der gesamten Rückschau wird dem Leser hier eine wirksame Orientierungshilfe geboten.

Der Ausblick des Verfassers ist allerdings von einem Optimismus, den die Zeit nicht rechtfertigt. Die Lage Israels nach dem Sechstagekrieg wird «eine unvergleichlich bessere» genannt als vor dem 5. Juni 1967. In der Tat aber ist sie sehr viel schlechter. Dank der Sowjetunion sind die Araber aufgerüstet wie nie zuvor, dank einer Kriegspropaganda, die nur der hitlerschen vergleichbar ist, ist ihr Mobilisationsgrad noch gestiegen. Die Israeli haben sich jetzt schon sowohl in dem von ihnen gehaltenen Gebiet als auch an allen Grenzen der palästinensischen Kriegsführung zu erwehren, die sich an Hitlers «Mein Kampf» und an die Leitfaden der kommunistischen Guerillataktik orientiert. International ist

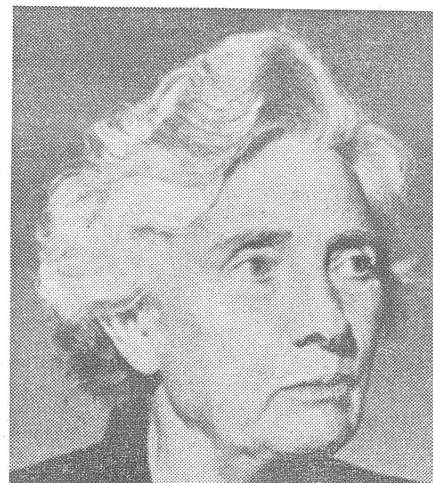
Israel durch die Zielstrebigkeit seiner Feinde, den furchtsamen Opportunismus seiner Freunde und die Einäugigkeit der UNO isoliert. Ueberdies wird die Weltmeinung beeinflusst und isoliert durch eine faschistische Stimmungskampagne ohne Gleichen, die sich wieder einmal «sozialistisch» und «progressiv» nennt. Die israelische Hoffnung ist deshalb die Hoffnung auf ein Wunder. *cb*

## Anna Kethly ist 80

Am 16. November ist Anna Kethly, jahrzehntelang Vorkämpferin für den Sozialismus in Ungarn, 80 Jahre alt geworden. Alt genug, werden viele finden, um zum alten Eisen geworfen zu werden. Sie ist zwar gut 70 Jahre jünger als Marx und fast 20 Jahre jünger als Lenin, aber die Tatsache, dass sie die Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung geradezu personifiziert, ist unbequem geworden. Dass es gerade ihre sozialistische Ueberzeugung war, die sie in Gegensatz zum KP-Regime brachte, ist zwar richtig, aber es stört die Entspannung, es zu sagen.

Ihr ganzes Leben lang kämpfte Anna Kethly gegen den Faschismus. Ob er sich nun königlich nannte, wie unter dem Regime Szalasi, gegen dessen «grünen Terror» sie aufstand, oder Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (nach der hitlerschen Okkupation des Landes ging sie in den Untergrund) oder Sozialismus im Verständnis des stalinistischen Systems.

Als Oppositionspolitiker im Parlament, in der Partei- und Gewerkschaftsspitze konnte sie vom



Horthy-Regime nicht mundtot gemacht werden. Rakosi brachte es dann zuwege, als er sie 1950 für vier Jahre ohne Gerichtsverfahren einsperrte. Der endliche Prozess (Urteil: lebenslänglich) löste aber in der gesamten sozialistischen Welt einen solchen Protest aus, dass man sie freiließ.

Mit Kommunisten, die auf faschistische Macht ausübung verzichteten, war Anna Kethly zur Zusammenarbeit bereit. Sie war in der Revolutionsregierung von Imre Nagy 1956 Staatsminister. Jetzt ist sie eine Emigrantin, die in ziemlicher Stille ihren 80. Geburtstag begeht. *cb*

## Der Kommentar

(Fortsetzung von Seite 14)

Nicht unter die Pflichten der Regierung eines neutralen Landes fällt die Forderung nach einer neutralen Haltung auch der Staatsbürger dieses Landes: nur die Exekutive und ihre Administration muss sich der Neutralität befleißigen. Eine Regierung, die die neutrale Haltung ihren Staatsbürgern aufzwingen wollte, wäre nicht mehr neutral, sondern neutralistisch.

Aus diesen Feststellungen kann eine wichtige Schlussfolgerung gezogen werden: die überparteiliche Aussenpolitik einer neutralen Regierung setzt völlige Pressefreiheit voraus. Einschränkungen der Pressefreiheit ausserhalb des Notstandes wäre Folge des Versuchs, die neutrale Haltung den Staatsbürgern aufzuzwingen, also Ausdruck einer neutralistischen und nicht neutralen Haltung.

Völlige Pressefreiheit wiederum ist nur in der Demokratie gesichert. Die Demokratie ihrerseits schliesst sich selbst aus dem schmalen Spektrum

der Staatsorganisationen Moskauer und Pekinger Prägung aus. Mithin ist ein tatsächlich neutraler Staat wesentlich ein Staat, der nur im Lager der freien Welt denkbar ist, weil er nur im breiteren Spektrum westlicher Staatsorganisationen angesiedelt werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt kann nun die Frage geprüft werden, ob Schweden überhaupt noch ein wahrhaft neutraler Staat ist.

Durchaus nicht gegen die Neutralität Schwedens spricht der Umstand, dass dieses Land einer Reihe von Deserteuren aus der amerikanischen Armee in Vietnam Asyl gewährt, insoweit politische Motive zur Desertion geführt haben. Solchen Leuten würde und müsste auch in der Schweiz Asyl gewährt werden. Wie wir denn auch zu Recht stolz sind, dass etwa Lenin in unserem Lande Asyl gefunden hat — und froh wären, hätte er seinen Lebensabend gleich auch noch hier verbracht. Weniger vereinbar mit der Neutralität jedoch ist es, wenn politische Flüchtlinge politisch aktiv werden können.

Einen Verstoß gegen die Neutralität hat Schweden mit der Anerkennung Nordvietnams im Ja-

nuar dieses Jahres begangen. Zum ersten wurden dadurch mit Nordvietnam höhere diplomatische Beziehungen angeknüpft als mit Südvietnam. Zum zweiten wurden dadurch die Beziehungen zum Aggressor höher gestellt als jene zum Opfer der Aggression. Zum dritten wurden die Beziehungen während des Konfliktes selbst verändert. Ein zweiter Verstoß wurde mit der Ankündigung einer Hilfe an Nordvietnam in der Höhe von 40 Millionen Dollar begangen.

Beides stellt eine aussenpolitische Parteinahme dar und hat nichts damit zu tun, ob eine Aussenpolitik aktiv oder passiv sei. Diese Parteinahme verletzt die Neutralitätsmaxime sehr ernsthaft.

Es mag gerechtfertigt sein, dieser Haltung Schwedens im Schatten der Sowjetunion Verständnis entgegenzubringen. Aber das darf die Schlussfolgerung nicht überdecken, dass die Sowjetunion dort, wo sie über genügend Möglichkeiten verfügt, die überparteiliche Neutralität auf dem Umweg über den Neutralismus in eine prosovjetsche Haltung umzustrukturieren sucht.

Peter Sager

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung • Verlag.